

„Peking 2008: Fröhliche Spiele ohne Menschenrechte?“

Donnerstag, 22. Mai 2008, 18 Uhr
Bundesstiftung Aufarbeitung
Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Anlässlich der bevorstehenden Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking lud die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu einer Podiumsdiskussion ein, um die aktuelle Menschenrechtslage in China, die Einflussmöglichkeiten internationaler Sportvereinigungen auf die chinesische Regierung im Rahmen des Sportfestes sowie nicht zuletzt das Spannungsfeld zwischen Sport und Diktatur in den Blick zu nehmen und zu diskutieren.

Gerd Poppe (*Vorstandsmitglied Bundesstiftung Aufarbeitung*) betonte in seiner Begrüßung die Wichtigkeit dieses Themas für die Bundesstiftung. Die SED-Diktatur habe nicht zuletzt durch organisiertes, heimliches Doping von Athleten ihren menschenrechts- und individuumsverachtenden Charakter gezeigt, wie auch der Sport im Allgemeinen als politisches Instrument missbraucht worden sei. Auch im Falle der Olympischen Sommerspiele sei eine politische Aufwertung Chinas zu befürchten. Die wirtschaftliche und im Hinblick auf das bevorstehende Sportfest organisatorische Leistungsfähigkeit des Landes dürfe jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass trotz punktueller Liberalisierungstendenzen in China weiterhin jedes öffentliche In-Frage-Stellen des kommunistischen Machtmonopols ebenso wie die Forderung nach mehr Demokratie hart geahndet wird. Die Stiftung ziehe mit Veranstaltungen wie dieser ihre Lehre aus den Ereignissen der Friedlichen Revolution im Herbst 1989, indem sie Demokratie und Menschenrechte als stets erkämpfens- und verteidigungswerte Güter betrachtet und Diskussionen über noch heute existierende Diktaturen ein Forum bietet.

Günter Nooke (*MdB, Bundesbeauftragter für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe*) bezeichnete im anschließenden Kurzvortrag die Vergabe der Olympischen Spiele an Peking durch das Internationale Olympische Komitee (*IOC*) 2001 als grundlegenden Fehler, da ihre Tragweite falsch eingeschätzt und der Beschluss nicht ausreichend an politische Forderungen zur Einhaltung bereits unterzeichneter Menschenrechtsvereinbarungen gekoppelt worden sei. Die damalige Entscheidung sei mittlerweile zu einem Selbstläufer geworden, der nun die Weltöffentlichkeit, vor allem aber die teilnehmenden Sportler zur öffentlichen Stellungnahme zwingt. Sie zeige aber auch, dass entgegen zahlreicher Beteuerungen von IOC-Vertretern der internationale Sport eben nicht in einem unpolitischen Raum stattfindet. China habe vielmehr die Vergabeentscheidung als ein Signal weltweiter politischer Akzeptanz interpretiert und instrumentaliere nun die Spiele für eigene Interessen.

Auf dem Podium diskutierten anschließend Prof. Ines Geipel (*Autorin; Publizistin*), Dr. Harald Maass (*Journalist „Frankfurter Rundschau“*), Prof. Walther Tröger (*IOC-Mitglied und Präsidiumsmitglied des DOSB*) und Lea Zhou (*Chefredakteurin „Epoch Times“*) unter der Moderation von Friedhard Teuffel (*Journalist „Der Tagesspiegel“*) über die Bedeutung der diesjährigen Olympischen Sommerspiele für die weitere Entwicklung des kommunistischen Regimes und der Menschenrechtslage in China.

Ines Geipel, ehemalige DDR-Spitzensportlerin und Dopingopfer, bewertete die derzeitige Situation in China trotz örtlicher Verbesserungen des politischen Klimas als „dramatisch schlecht“. Die Tendenzen der letzten Jahre würden trotz einzelner Lockerungen nichts am

Diktaturcharakter des chinesischen Regierungssystems ändern. Der Entscheidung des IOC, die Olympischen Sommerspiele 2008 in China stattfinden zu lassen, würde laut Geipel immer noch zu viel Verständnis entgegengebracht. Dass nun Berufssportler dadurch in moralische Bedrängnis gebracht werden, halte sie für verantwortungslos und politisch naiv.

Tröger verteidigte demgegenüber die Entscheidung des IOC und betonte, dass einer Weltmacht wie China nicht aus politischen Gründen die Möglichkeit zur Austragung eines globalisierten Sportfestes hätte verwehrt werden dürfen. Sei der Sport, so Tröger, im Wesentlichen zwar unpolitisch, so hätte allerdings die Vergabe an deutlichere Forderungen geknüpft werden können. Dass dies bis heute seitens des IOC nur zaghaft geschehe, sei bedauerlich, entspreche aber auch den politischen Realitäten. Einer Sportinstitution wie dem IOC seien laut Tröger von vorn herein keine Machtmittel in die Hände gegeben, um die Umsetzung gestellter Forderungen auch erwirken zu können.

Die Machtlosigkeit des IOC bewertete Harald Maass im Anschluss als hausgemacht und selbstverschuldet. Das IOC sei von Beginn an zu zurückhaltend im Umgang mit den chinesischen Machthabern gewesen, bestehende Möglichkeiten seien nicht einmal im Ansatz ausgeschöpft worden. Gleichwohl warnte Maass davor, die Rolle der Olympischen Spiele für den erhofften Demokratisierungsprozess in China zu überschätzen. Eine vierzehntägige Veranstaltung könne, so Maass, keinen tiefen Wandel in einem Land hervorrufen, dessen gesellschaftliche und politische Strukturen seit rund fünfzig Jahren weitgehend unverändert geblieben seien. Auch die Vergabeentscheidung könne nicht ernsthaft als Zäsur bezeichnet werden, vielmehr sei seit den 1970er Jahren eine leichte, fortschreitende gesellschaftliche Öffnung festzustellen, wovon allerdings die Kernmenschenrechte bis heute weitgehend unberührt blieben.

Auch Lea Zhou bestätigte, dass in den letzten etwa 30 Jahren und vor allem im Vorfeld der Spiele „Schönheitsreparaturen“ durchgeführt wurden, die allerdings einen grundlegenden Wandel nicht ersetzen könnten. Neben vermeintlicher Öffnung und medialer Transparenz sei durchaus ein innenpolitischer „Olympia-Effekt“ zu verzeichnen, der den Druck auf oppositionelle Kräfte in China erhöht habe. So sei es beispielsweise entlang der Fackelläufe zu prophylaktischen Verhaftungswellen gekommen, für die, so Zhou, auch das IOC durch seine Vergabeentscheidung Verantwortung trage.

Dass trotz nach außen gerichteter Weltoffenheit Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten am Rande der bevorstehenden Sportveranstaltung im Keim unterdrückt und politisch verfolgt werden, offenbare laut Zhou auf deutliche Weise, wie verfehlt die häufig geäußerte Hoffnung auf die demokratisierende Kraft der Olympischen Spiele gewesen seien.

Julia Spohr, Berlin